

Niederschrift
über eine Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg
in öffentlicher Sitzung

Datum: 05.04.2018 Zeit: 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr

Ort: Sportlerheim Landsberg

Anwesenheit:

Ehrenberg, H.	Wolff, A.-J.
Werner, A.	Dr. Müller, J.
Müller, St.	Stolzenberg, F.
Kliche, H.	Scheuerle, G.
Gobst, C.	Milzsch, R.
Reuter, A.	Weidinger, E.
Schmidt, E.	Chyla, G.
Sitte, H.	Arzt, L.
Müller, L.	Dr. Weidt, F.
Kupski, C.	Schaaf, C.
Hübner, F.	Meinhardt, F.
Schillinger, P.	Töpe, C.

Ortsbürgermeister:

Bunge, B.	Frischmuth, B.
Bunk, R.	Liebl, H.

entschuldigt:

Tessmann, F.

Rothe, K.

Möritz, I.

Gäste:

D. Moron-Wernicke - Stadt Landsberg

K. Aulenbach - Stadt Landsberg

J. Moron - Stadt Landsberg

K.-J. Zander - Beauftragter des Landkreises Saalekreis für den Bürgermeister der Stadt Landsberg

J. Lorenz - Stadt Landsberg

R. Lehmann - Stadt Landsberg

K. Parakenings - Stadt Landsberg (Protokollantin)

einige Bürger

Das Protokoll umfasst die Seite 1 – 14.

Dr. J. Müller

K. Parakenings

Stadtratsvorsitzender

Protokollantin

Punkt 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste, Bürger und Mitarbeiter der Verwaltung.

Punkt 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit mit 24 Stadträten werden durch Herrn Dr. Müller festgestellt.

Punkt 3 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

Es erfolgt die Abstimmung über die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 4 Einwohnerfragestunde

Herr Seidowski aus Hohenthurm hält die Auswertungsergebnisse für die Müllgebühren für unwahrscheinlich und bittet um nochmalige Prüfung.

Frau Häder aus Petersdorf erkundigt sich, was für eine Baustelle auf der B100 geplant ist. Dazu erklärt Herr Zander, dass in diesem Jahr die Aufbringung von Flüsterasphalt auf der Gegenfahrbahn geplant ist, jedoch noch kein konkreter Zeitpunkt feststeht.

Frau Kupsi-Springer aus Schwerz fragt an, wann der Sportraum in der KITA Schwerz saniert wird. Hierzu kann Herr Zander derzeit keine Aussage machen, da erst entschieden werden muss, ob diese Einrichtung weiter Bestand haben wird.

Frau Landeck aus Hohenthurm, Gemeindegeldernrat, hat eine e-mail zu den hauswirtschaftlichen Leistungen an die Verwaltung geschickt und noch keine Antwort erhalten. Herr Zander sagt zu, dass diese Antwort am morgigen Tag versendet wird.

Frau Landeck fragt an, warum eine Mitarbeiterin in Ausbildung für hauswirtschaftliche Dienste in Anspruch genommen wird. Hierzu gibt Frau Moron, dass es sich hier um eine interne Personalangelegenheit handelt, die nur im nichtöffentlichen Teil besprochen werden kann. Frau Landeck erklärt, dass Erzieher der Einrichtung auf sie zugegangen seien und sich beschwert haben.

Herr Zander gibt an, dass das Problem mit den Erziehern geklärt wird. Die Erzieher sind Angestellte der Stadt und haben ihre Problem mit dem Dienstherrn zu klären und nicht mit den Eltern.

Es erfolgen keine weiteren Anfragen, so dass die Einwohnerfragestunde beendet wird.

Punkt 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 01.03.2018

Herr Dr. Müller verliest die gefassten Beschlüsse.

Punkt 6 Bestätigung des Sitzungsprotokolls – öffentlicher Teil – vom 01.03.2018

Herr L. Müller erklärt, dass er mit dem TOP 12 nicht einverstanden ist. Es wurden andere Zahlen genannt. Dem stimmt Herr Zander zu. Die korrekte Zahl 160.000 € wird im Protokoll korrigiert.

Sodann erfolgt die Abstimmung zum Sitzungsprotokoll.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 4 Enthaltungen

Punkt 7 Informationen der Verwaltung

Zunächst informiert Herr Dr. Müller, dass ab dem 01.04.2018 Herr L. Müller den Fraktionsvorsitz für die Fraktion Die Linke übernommen hat.

Herr Zander teilt mit, dass zu der Anfrage von Herrn Seidowski bezüglich der kostenfreien Auskünfte für den WAZV die Antwort schriftlich zum Protokoll gereicht wird (Anlage).

Zur Anfrage von Herrn Kliche zum Sperrvermerk zu Personen im Pflegeheim führt Herr Zander aus und verliest auszugsweise aus der entsprechenden Regelung.

Zu den angesprochenen Müllgebühren von Herrn Seidowski erklärt Herr Zander, dass die Müllgebühren 2016 und 2017 miteinander verglichen wurden und er derzeit keinen Anlass sieht, diese anzuzweifeln. Die Zahlen für 2018 werden beobachtet.

Herr Zander informiert, dass es in der Verwaltung 43 Höhergruppierungsanträge zum 01.01.2017 gibt, dafür wurden vorsorglich 140.000 € in den Haushalt eingestellt.

Zur Datenschutzgrundverordnung wird es einen Termin geben und im nächsten Stadtrat am

26.04.2018 wird darüber berichtet. Es wird zusammen mit der Gemeinde Kabelsketal eine Firma mit dem Datenschutz beauftragt.

Zum Breitbandausbau teilt Herr Zander mit, dass angeblich die Fördermittelbescheide demnächst verschickt werden sollen.

Weiter informiert Herr Zander, dass die Drehleiter wieder da ist. Zu der Gesamtproblematik Drehleiter findet am 26.04.2018 ein gemeinsamer Termin mit der Firma Rosenbauer, Herrn Sägling, Herrn Schiebel, Frau Lorenz und Herrn Zander statt.

Für einen Standort mit freiem W-Lan im Stadtgebiet wird das Felsenbad ins Auge gefasst. Die Stadt hat sich für dieses Projekt registrieren lassen. Allerdings werden nur 15 Kommunen pro EU-Land berücksichtigt.

Herr Stolzenberg berichtet aus der WAZV-Verbandsversammlung und informiert, dass die Wasserversorgung im Verbandsgebiet gesichert ist.

Herr Wolff erkundigt sich, zu welchen Ergebnissen man beim Auswechseln der Wasserzähler gekommen ist. Hierzu erklärt Herr Stolzenberg, dass Sulfat den Beton und die Messingarmaturen angreift, jedoch keine Gesundheitsgefährdung besteht. Die Vorbereitungen für den Bau der Trinkwasserleitung von Zwebendorf nach Hohenthurm gehen voran. Die Fördermittelbescheide dafür sind jedoch noch nicht da.

Herr Wolff beantragt, dass die Verwaltung beim WAZV die Ergebnisse bzw. das Gutachten zu den Messungen abfordert.

Punkt 8 **Ernennung des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Braschwitz, Abberufung und Ernennung des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Landsberg zu Ehrenbeamten und die Beauftragung des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Queis**

Die Beschlussvorlage wird durch Herrn Dr. Müller verlesen. Sodann wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss-Nr. 378/04/18

Ernennung des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Braschwitz, Abberufung und Ernennung des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Landsberg zu Ehrenbeamten und die Beauftragung des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Queis

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt, Herrn Tino Dietrich mit Wirkung zum 06.04.2018 für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Braschwitz zu berufen.

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt weiterhin, Herrn Christian Kutscher mit Wirkung zum 06.04.2018 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Wehrleiter der Ortsfeuerwehr Landsberg abuberufen sowie Herrn Stefan Stürzbecher mit Wirkung zum 06.04.2018 für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Landsberg zu berufen.

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt außerdem, Herrn Mirko Starke mit Wirkung zum 06.04.2018 mit der befristeten Wahrnehmung der Funktion des stellvertretenden Wehrleiters der Ortsfeuerwehr Queis zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Nach der Beauftragung des Herrn Starke wird dieser vereidigt.

Punkt 9 Vergleich zwischen der Stadt Landsberg und dem Land Sachsen-Anhalt zur Teilentschuldung durch Eingemeindungen

Herr Zander erklärt, dass dieser Vergleich bereits im Finanzausschuss ausführlich erörtert wurde. Es wurde die Empfehlung für den Stadtrat ausgesprochen, den Vergleich zu schließen. Der Ergebnishaushalt wird durch Zahlung aus diesem Vergleich entlastet.

Herr Scheuerle findet es gut, dass nun endlich ein Erfolg zu verzeichnen ist. Dennoch erkundigt er sich, wieviel Anträge in den letzten Jahren gestellt wurden.

Herr Zander hält die Verhandlung von anderthalb Jahren für die Auszahlung der Gelder aus dem Ausgleichsstock für ein gutes Zeitfenster.

Herr Gobst fragt an, wieso es bei der Pro-Kopf-Verschuldung eine Differenz zwischen Vergleich und Haushalt gibt.

Herr Zander erläutert die Regelungen zu den Grundstücksverkäufen, die berücksichtigt werden müssen. Es wurden für Queis fiktive Verkaufserlöse berücksichtigt. Weiter müssen auch noch neue Kredite berücksichtigt werden. Herr Zander erklärt, dass die voraussichtliche Zahlung vom Land noch nicht im Haushalt eingestellt ist. Dies kann erst nach Beschlussfassung erfolgen.

Auch Herr St. Müller ist erfreut, dass Geld geflossen ist und noch weiteres fließen wird. Allerdings hat er etwas mehr erwartet. Er stellt fest, dass das Land seit 2012 keine Anträge mehr bearbeitet hat und daher keine Bescheide ergangen sind. Er regt an, diesem Vergleich zuzustimmen. Die Pro-Kopf-Verschuldung fällt von ursprünglich 1.500 €/EW auf 1.350 €/EW.

Herr Scheuerle beantragt Akteneinsicht in die gestellten Anträge.

Herr Wolff findet den Beschluss positiv und wird zustimmen, auch wenn der Stadt gewisse Zinseinsparungen verlorengegangen sind.

Die Beschlussvorlage wird verlesen.

Beschluss-Nr. 379/04/18

Vergleich zwischen der Stadt Landsberg und dem Land Sachsen-Anhalt zur Teilentschuldung durch Eingemeindungen

Der Stadtrat der Stadt Landsberg ermächtigt den Beauftragten des Landkreises für den Bürgermeister der Stadt Landsberg, Herrn Kurt-Jürgen Zander, zum Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Vergleichs mit dem Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, vertreten durch den Minister der Finanzen, Herrn André Schröder.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen

Punkt 10 Erörterung zum Beteiligungsbericht

Herr Wolff bittet darum, informatorisch Auskünfte zum Flughafen Oppin an die Stadträte zu geben. Herr Zander erklärt, dass die Beteiligung unter 5 % liegt und daher nicht im Beteiligungsbericht enthalten ist.

Herr Scheuerle erkundigt sich nach der Energy Landsberg. Herr Lehmann erklärt, dass diese im Beteiligungsbericht enthalten ist.

Der Beteiligungsbericht wurde erörtert.

Punkt 11 Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2018

Herr Zander macht Ausführungen zum Haushalt.

Die Brücke in Sietzsch/Lohnsdorf wird mit einem Sperrvermerk versehen, welcher durch den Hauptausschuss aufgehoben werden kann.

Herr Zander weist auf den Unterhaltungsstau bei den Pflichtaufgaben hin. Es sollen alle Fördermittel ausgeschöpft werden.

Es werden keine Kassenkredite in Anspruch genommen. Die Kommunalaufsicht wird keine weiteren Kredite genehmigen.

Der Haushalt enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

In der Kämmerei ist eine Sachbearbeiterstelle frei. Hier soll jemand für den Haushalt eingearbeitet sowie als Vertretung für die Steuern eingesetzt werden.

Herr Zander empfiehlt die Zustimmung zum Haushalt.

Herr Kupski regt ebenso an, den Haushalt zu bestätigen. Er bittet den Bauausschuss zu den Investitionen im Haushalt zu beraten.

Antrag des Vereins „Alte Brennerei“ auf Zuwendung Bauvorhaben Errichtung „Zweiter Fluchtweg“

Herr Scheuerle bittet um Erläuterung, wann die Treppe gebaut wurde, da der Antrag aus dem Frühjahr 2016 im Sommer 2016 abgelehnt wurde.

Herr Kupski erklärt, dass eine Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn vorlag. Der Auftrag war bereits begonnen, als der Ablehnungsbescheid einging. Der Bau dieser Fluchttreppe war dringend notwendig.

Herr Gobst ist über diesen Antrag erstaunt. Es wurde dazu bereits vor 2 Jahren im Bauausschuss beraten, wobei es um eine Bausumme von ca. 105.000 € ging. Damals wurde erklärt, dass der Stadt keine weiteren Kosten entstehend würden, da alles mit Fördergeldern bezahlt wird. Weiter weist Herr Gobst darauf hin, dass der Verein jährlich 33.000 € von der Stadt erhält. Bereits 2016 wurden für dieses Projekt 28.000 € an den Verein gezahlt. Es werden Betriebs- und Unterhaltungskosten für den Verein gezahlt. Irgendwann ist ein Schlusstrich unter alle Zuwendungen zu ziehen. Eventuell kann hier auf das Ortschaftsbudget zurückgegriffen werden.

Hierzu entgegnet Herr Kupski, dass es 2016 das Ortschaftsbudget noch nicht gab und im Übrigen dieses für andere Zwecke gebunden ist. Die genannten 33.000 € werden aufgrund einer festgelegten Vereinbarung zwischen dem Verein und der Stadt gezahlt und hat nichts mit Zuwendungen zu tun. Der Bau der Fluchttreppe war eine Auflage.

Herr Scheuerle berichtet aus dem Ortschaftsrat Queis. Dieser hat sich gegen diesen Antrag entschieden. Es stellt sich die Frage, warum nicht auf den Bescheid gewartet wurde. Weiter stellt er fest, dass sehr viel Geld in den Verein fließt und bittet hier um einen Rechenschaftsbericht.

Herr Stolzenberg spricht sich dafür aus, dass Zuwendungen auf alle Ortschaften gerecht verteilt werden müssen. Er bittet um eine Aufstellung, was in den letzten Jahren an den Verein „Alte Brennerei“ gezahlt worden ist.

Herr Wolff hält diesen Antrag für ein typisches Verhaltensmuster der Ortschaft Niemberg. Die Stadt wird hiermit in eine Zahlungsverpflichtung gezwungen. Im Übrigen hat er in Herrn Kupski als Vorsitzender des Finanzausschusses kein Vertrauen mehr.

Herr St. Müller ist ebenso überrascht über den Antrag des Vereins. Es fehlen ihm zu viele Informationen dazu. Er schlägt vor, über diesen Antrag mit einem Sperrvermerk abzustimmen.

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn St. Müller nach dem Vorstand des Vereins stellt sich heraus, dass Herr Kupsi ebenfalls Vorstandsmitglied ist, so dass er zu Beginn sein Mitwirkungsverbot hätte erklären müssen.

Herr Scheuerle stellt fest, dass sodann an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden muss.

Herr Zander erklärt, dass das Mitwirkungsverbot für Herrn Kupsi greift und er sich deshalb nicht an der Diskussion hätte beteiligen dürfen. Herr Zander regt an, diesen Antrag als außerplanmäßige Ausgabe später im Stadtrat oder Hauptausschuss zu beschließen. Für die jetzige Sitzung ist das Thema beendet.

Herr Kupsi gibt eine persönliche Erklärung ab: Er kann die Aussagen von Herrn Wolff so nicht stehen lassen, dass er als Vorsitzender des Finanzausschusses nicht tragbar ist. Er hat den Antrag des Vereins nicht unterzeichnet.

Herr Scheuerle kritisiert, dass Herr Kupsi nicht zu Beginn informiert hat, dass er im Vorstand des Vereins ist. Das hätte viel Zeit erspart.

Antrag auf finanzielle Unterstützung TSV 1910 Niemberg

Da Herr Kupsi im Vorstand des Sportvereins ist, erklärt er vorsorglich sein Mitwirkungsverbot und verlässt den Saal.

Herr Scheuerle meint, dass der Antrag nicht zulässig ist, da Herr Kupsi Mitglied im Sportverein ist. Dazu äußert Herr Zander, dass der Antrag vom Sportverein gestellt wurde.

Herr Wolff weist darauf hin, dass die Form gewahrt und alles rechtlich korrekt sein sollte. Er hat Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Antrages. Es sollte lieber als außerplanmäßige Ausgabe behandelt werden.

Herr Zander erklärt, dass dies in seinem Kompetenzbereich liegt und es für sich entscheiden wird.

Herr Meinhardt stellt fest, dass es um Investitionen von über 100.000 € geht und dies mit Fördermitteln finanziert wird. Es handelt sich hier um einen Antrag auf Beteiligung der Stadt. Er beantragt die Einstellung von 11.700 € in den Haushalt für den TSV Niemberg.

Herr St. Müller erklärt, dass bereits 2 positive Bescheide vom 20.03.2018 vom ALF vorliegen. Man sich an dieser Bestelle bewusst machen, dass die Zahlungen in Gebäude der Stadt fließen.

Herr Scheuerle fühlt sich unter Druck gesetzt, dass der Stadtrat für den Verein entscheiden soll. Es sollte ein Anteil von ca. 3.000 € dafür aus dem Ortschaftsbudget aufgewendet werden.

Herr Reuter findet es sinnvoll, die Fördergeld für den Sportverein in Anspruch zu nehmen.

Frau Schmidt weist darauf hin, dass das Ortschaftsbudget für Vereinsmitglieder genutzt werden soll, nicht für Investitionen. Im Übrigen kann die Ortschaft Niemberg auf eine sehr aktive Vereinsarbeit blicken.

Herr Wolff hält den Zuwendungsantrag für sinnvoll, fragt aber, warum erst jetzt der Antrag gestellt wird. Dieser hätte viel früher gestellt werden müssen. Er möchte dem Verein jedoch keinen Schaden zufügen.

Herr Dr. Weidt erkundigt sich, ob die Verwaltung für solche Anträge eine Checkliste hat und wie das Sportlerheim ausgestattet werden soll.

Frau Bunge empfindet die Diskussion als Neiddiskussion, es wird alles unnötig zerredet.

Frau Schillinger gibt zu bedenken, dass niemand zur Zustimmung gezwungen wird. Die Förderanträge sind sicherlich entsprechend bestimmter Richtlinien vom Land geprüft worden.

Herr Stolzenberg weist darauf hin, dass bei Förderanträgen die Finanzierung des Eigenanteils dargelegt sein muss. Ist dies hier geschehen?

Herr Zander sieht vordergründig das Ergebnis, dass über 100.000 € in städtische Gebäude fließen und die Stadt dafür nur 11.700 € zahlen muss. Er würde empfehlen, für diesen Antrag zu stimmen.

Herr Scheuerle erklärt noch einmal, dass der Ortschaftsrat Queis dafür gestimmt hat, dass für diesen Antrag ein Anteil aus dem Ortschaftsbudget zu verwenden ist. Die Ortschaft Niemberg soll sich mit einem Eigenanteil beteiligen.

Frau Werner kritisiert die Verfahrensweise, stellt aber nunmehr den Antrag auf Abstimmung.

Herr Weidinger legt dar, dass nach den ihm nun bekannt gewordenen Bescheiden eine Finanzierungslücke von 25.000 € besteht, da die Dachsanierung abgelehnt wurde.

Frau Schillinger wirft ein, dass der Stadtrat nicht berechtigt ist, über das Ortschaftsbudget zu bestimmen.

Herr Scheuerle stellt einen Änderungsantrag, dass für den Sportverein nur ein Betrag von 8.700 € in den Haushalt eingestellt werden soll.

Da Herr Meinhardt zuerst den Antrag gestellt hat, den Betrag von 11.700 € einzustellen, wird über diesen Antrag als weitergehenden abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen 3 Nein-Stimmen

Herr Kupsi nimmt wieder an der Sitzung teil.

Antrag auf Bezuschussung der „Fahrt ins Blaue“

Der Beschlussvorschlag wird verlesen und sodann erfolgt die Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Brücke Lohnsdorf

Für die Haushaltsstelle für die Sanierung der Brücke in Lohnsdorf soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, der durch den Hauptausschuss aufgehoben werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Es folgt die Abstimmung über den Haushalt.

Beschluss-Nr. 380/04/18

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 und Haushaltsplan 2018 der Stadt Landsberg mit seinen Bestandteilen und Anlagen

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Landsberg für das Haushaltsjahr 2018 und den Haushaltsplan mit seinen Bestandteilen und Anlagen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen

Punkt 12 1. Änderungssatzung der Benutzungssatzung für das Felsenbad der Stadt Landsberg

Die Beschlussvorlage wird verlesen.

Beschluss-Nr. 381/04/18

1. Änderungssatzung der Benutzungssatzung für das Felsenbad der Stadt Landsberg

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die 1. Änderungssatzung der Benutzungssatzung für das Felsenbad der Stadt Landsberg in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 13 Mittelbereitstellung für die Beschaffung von Dienst- und Schutzbekleidung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Landsberg

Die Beschlussvorlage wird verlesen.

Beschluss-Nr. 382/04/18

Mittelbereitstellung für die Beschaffung von Dienst- und Schutzbekleidung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Landsberg

Der Stadtrat beschließt die Mittelbereitstellung zur Beschaffung von Dienst- und Schutzbekleidung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Landsberg in Höhe von 85.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 14 Grundsatzbeschluss Einstellung eines Studierenden im Dualen Studiengang „Öffentliche Verwaltung“ und „Verwaltungsökonomie“ ab dem Wintersemester 2018/2019

Her Dr. Weidt fragt an, ob es für den Beschäftigten eine Verpflichtung gibt, nach dem Studium in Landsberg zu bleiben. Dies wird von Frau Moron bejaht.

Beschluss-Nr. 383/04/18

Grundsatzbeschluss Einstellung eines Studierenden im Dualen Studiengang „Öffentliche Verwaltung“ und „Verwaltungsökonomie“ ab dem Wintersemester 2018/2019

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die Einstellung eines Studierenden für die Dualen Studiengänge „Öffentliche Verwaltung“ oder „Verwaltungsökonomie“ ab dem Wintersemester 2018/2019.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Ausschreibung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 15 Abberufung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss der Stadt Landsberg

Beschluss-Nr. 384/04/18

Abberufung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss der Stadt Landsberg

Durch den Stadtrat wird folgender sachkundiger Einwohner des Bauausschusses der Stadt Landsberg auf Vorschlag der Fraktion der Bürgerliste abberufen:

Matthias Bönisch

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 16 Berufung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss der Stadt Landsberg

Beschluss-Nr. 385/04/18

Berufung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss der Stadt Landsberg

Der Stadtrat beruft folgenden sachkundigen Einwohner in den Bauausschuss der Stadt Landsberg auf Vorschlag der Fraktion der Bürgerliste.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 17 Information über die Zusammenlegung der Wahlbezirke der Stadt Landsberg

Herr Kliche hält das Rathaus als Wahllokal für ungünstig.

Herr Frischmuth befürchtet durch die Zusammenlegung von Oppin und Maschwitz, dass viele Wähler nicht zur Wahl gehen werden.

Frau Bunge hält die Zusammenlegung für ökonomisch sinnvoll, hat aber die gleichen Befürchtungen wie Herr Frischmuth.

Herr Zander erklärt die Zusammenlegung der Wahlbezirke damit, dass in einigen Wahllokalen das Wahlgeheimnis nicht mehr gewahrt werden kann. Jeder Bürger kann der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen.

Frau Moron weist darauf hin, dass die Briefwahlunterlagen online beantragt werden können.

Herr Meinhardt fragt nach, ob befugte Personen für mehrere Personen Briefwahlunterlagen abholen könnten. Dies wird von Herrn Zander verneint. Das ist nur für bis zu 3 Personen möglich.

Punkt 18 Antrag der Fraktion Bürgerliste zur Übertragung Kegelbahn Hohenthurm an SG Motor Hohenthurm

Herr Wolff erklärt, dass zu dieser Thematik Gespräche zwischen der Stadt und dem Verein geplant sind. Grundsätzlich hält er den Vorschlag für eine gute Lösung. Er bittet jedoch, den Beschlussvorschlag zurückzuziehen, damit zunächst eine Beratung im Ortschaftsrat und ein Gespräch mit der SG Motor Hohenthurm stattfinden kann. Anschließend kann eine erneute Vorlage im Stadtrat erfolgen.

Herr St. Müller hält den Antrag aufrecht mit der Änderung, dass die Erbpacht gestrichen wird und die Verwaltung im Vorfeld die vertraglichen Möglichkeiten klärt.

Herr Wolff würde dem widersprechen, da er kein Votum des Ortschaftsrates hat.

Herr St. Müller möchte mit dem Vorschlag Zeit gewinnen, da der Antrag auf Fördergelder bis zum 30.09.2018 gestellt werden muss und dazu viele Unterlagen nötig sind.

Herr Wolff hält diese Beschlussfassung für rechtswidrig.

Herr Zander erläutert, dass die Fördermittelantragstellung begleitet werden soll. Der Verein bekommt eine Förderung bis zu 90 %, wenn der Antrag vom Verein gestellt wird. Wenn die

Stadt den Antrag stellt, werden nur 50 % gefördert.

Frau Schillinger stellt einen Geschäftsordnungsantrag.

Es wird über den geänderten Antrag von Herrn St. Müller abgestimmt.

Beschluss-Nr. 386/04/18

Vertrag „SG Motor Hohenthurm“ über die Übertragung des Grundstücks „Kegelbahn Hohenthurm“

Der Stadtrat beschließt, der SG Motor Hohenthurm einen Vertrag über die Übertragung des Grundstückes „Kegelbahn Hohenthurm“ anzubieten und beauftragt die Verwaltung, die vertraglichen Möglichkeiten zu klären.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 19 Sonstige Informationen

Herr Schaaf fragt nach der Terminkette zur Bürgermeisterwahl.

Herr St. Müller meint, dass die Frist für die Bewerbung 90 Tage vorher beginnt und 30 Tage vor der Wahl endet.

Herr Zander teilt mit, dass eine öffentliche Veranstaltung, wo sich die festgestellten Bewerber vorstellen, im Zelt in der Brauerei stattfinden wird.

Herr Arzt kritisiert, dass einige Ausschüsse am selben Tag tagen. Er bittet, die Termine auf verschiedene Tage zu legen.

Herr L. Müller schlägt vor, dass alle Ortschaftsratssitzungen an einem Tag stattfinden, damit die anderen Tage für die Ausschüsse frei sind.

Herr St. Müller gibt bekannt, dass vom 28.04.-01.05.2018 eine Delegation aus der Partnerstadt Forst in Landsberg sein wird. Es kommen ca. 50 Personen.

Herr Dr. Müller weist auf einen Arbeitseinsatz auf den Burgstetten zur Beseitigung des Gemarkungsmülls am 07.04.2018 hin.

Die öffentliche Sitzung wird um 20.30 Uhr beendet.